

## **Prof. Dr. Hermann Weber: Die Wandlung der SED und ihre Rolle im Parteiensystem.**

Quelle:

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission. „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. II, Teil 1, S. 22-29.

"..." (S. 26-29)

Drittens - Säuberungen: Zuerst wurde die Parität abgeschafft, dann übernahmen die Kommunisten die Macht. Das geht zum Beispiel daraus hervor, daß von den 1946 in den Parteivorstand gewählten 40 Sozialdemokraten fünf

Jahre später nur noch eine Handvoll dort vertreten war. Sechs von ihnen waren verhaftet, neun weitere nach Westdeutschland geflüchtet. Das heißt, durch das Herausdrängen von „feindlichen und entarteten Elementen“ - so hieß es in einem Beschluß vom Juli 1948; dieser Jargon machte schon deutlich, wie man vorzugehen gedachte – wollten die Kommunisten – gewissermaßen nach dem Florinschen Konzept – die Partei in die Hand bekommen. Das gelang ihnen auch im wesentlichen.

Der „Kurt-Schumacher-Kreis“ hat registriert, daß seinerzeit 20.000 ehemalige Sozialdemokraten ihren Arbeitsplatz verloren, 100.000 in den Westen flüchteten und 5.000 eingesperrt wurden, von denen 400 ums Leben kamen.

Die Säuberungen waren damit nicht abgeschlossen, sondern sie begannen eigentlich erst. Sie griffen auch auf die Altkommunisten über. Es war so, daß zunächst die ehemaligen Oppositionsgruppen ausgeschaltet wurden – also die Rechtskommunisten (KPO), die SAP und alle Splittergruppen dieser Art.

Ich darf hier vielleicht ein Beispiel anführen, um zu zeigen, wie sich das in der Realität abspielte. Der ehemalige preußische Landtagsabgeordnete Alfred Schmidt war wegen seiner kommunistischen Aktivitäten bereits in der Weimarer Republik zwei Jahre lang inhaftiert gewesen. Er hatte wegen seiner Tätigkeit für die KPO – er war der einzige Abgeordnete dieser Partei im Preußischen Landtag – vier Jahre in einem NS-Zuchthaus gesessen. 1947 wurde er wegen „antisowjetischer Einstellung“ aus der SED ausgeschlossen und am 6. Juli 1948 von sowjetischer Militärpolizei verhaftet. Anschließend wurde er von einem Sowjetischen Militärtribunal wegen „antisowjetischer Propaganda“ zum Tode verurteilt. Die Strafe wurde später in 25 Jahre Arbeitslager umgewandelt; davon hat er acht Jahre in Bautzen verbüßt. Schmidt war zwar Kommunist geblieben. Sein Verbrechen bestand aber darin, die praktische Politik der Kommunisten zu kritisieren. Dadurch zeigte sich, daß sich die Säuberungen eben nicht nur gegen Sozialdemokraten, sondern auch gegen diejenigen in der Partei richteten, welche die praktische Politik der Führung nicht mittragen wollten.

Am 17. Oktober 1949 beschloß das „Kleine Sekretariat“ des Politbüros eine Überprüfung aller Parteifunktionäre, die entweder in westlicher Emigration waren oder sich länger als drei Monate in westlicher Gefangenschaft befanden. Einen Tag später entschied das Politbüro, alle Mitarbeiter des Berliner Rundfunks, die in englischer Emigration gewesen waren, zu entlassen.

Damit will ich aufzeigen, wie sich das ausdehnte. Zunächst ging es gewissermaßen gegen den Feind, also die Sozialdemokraten. Dann ging man gegen Abweichler in den eigenen Reihen vor. Anschließend kamen völlig neue Kriterien dazu. Das heißt,

wer in westlicher Kriegsgefangenschaft war, konnte schon nicht mehr bestimmte Funktionen ausüben.

Besonders nach dem Schauprozeß mit Todesurteilen gegen Rajk und andere führende Kommunisten im September 1949 in Budapest wurden die Säuberungen forciert. Das „Kleine Sekretariat“ des Politbüros beschloß am 21. Oktober, die „feindliche Agententätigkeit in Partei und Staatsapparat“ ebenso zu enthüllen wie den „Objektivismus“ als „Waffe der feindlichen Agenturen“.

Dahinter verbirgt sich folgendes: Jeder Versuch, sich objektiv zu orientieren, stellt schon eine feindliche Haltung dar und wird als solche verfolgt. Der Intoleranz und Schnüffelei in der SED waren nun Tür und Tor geöffnet. Die für die Unterdrückung und Verfolgung der Bevölkerung verantwortliche SED – das ist also das Entscheidende – hat auch innerparteilich mit den gleichen Methoden gearbeitet.

Die Kenntnis von den Schauprozessen gegen kommunistische Spitzenfunktionäre, wie Stalin sie in den dreißiger Jahren in Moskau durchführen ließ – weitere folgten dann 1949 in Ungarn und Bulgarien –, hatte natürlich auch in erster Linie den Zweck, Angst zu erwecken. Da ehemals führende Kommunisten, die absurde Geständnisse ablegten, hingerichtet wurden, konnte sich der kleine Mann erst recht vorstellen, was ihm passieren und wie schutzlos er sein würde, wenn er in die Hände dieser Verfolger geriet. Insbesondere aber sollten diese Schauprozesse die Parteimitgliedschaft in Angst versetzen. Sie sollte Angst vor den Folgen von Abweichungen haben. Zwischen den einzelnen Mitgliedern sollte Unsicherheit und Mißtrauen gesät werden. Dies war ein Mittel, mit dem die Führung arbeitete.

Aus den derzeit zugänglichen, aber noch immer unvollständigen Quellen kann inzwischen bewiesen werden, daß Schritt für Schritt auch in der DDR ein solcher stalinistischer Schauprozeß gegen führende Kommunisten vorbereitet wurde. Ich kann hier aber auf Einzelheiten nicht eingehen.

Die SED hat später behauptet: „Bei uns gab es keinen derartigen Schauprozeß.“ Das war eine reine Schutzbehauptung. Der 2. Vorsitzende der westdeutschen KPD, Kurt Müller, wurde verhaftet, und es gab Vorbereitungen für den Ausschluß der Gruppe um Paul Merker sowie anderer. Das zeigt ganz deutlich, daß im Juli / August 1950 ein solcher Schauprozeß vorbereitet wurde.

Auf der ZK-Tagung am 24. August 1950 wurden bemerkenswerterweise die für einen Schauprozeß typischen Anschuldigungen bereits konstruiert. Frühere „Sünden“ sollten in „Verbrechen“ umgemünzt werden. Es war Mielke – er hatte kurz vorher auch Kurt Müller verhört –, der auf dieser Sitzung – das Protokoll ist natürlich erst jetzt zugänglich – folgendes sagte:

„Mir scheint, daß es hier nicht richtig ist, wenn man die Dinge von damals von den Dingen trennt, die heute sind. Vielleicht befinde ich mich im Irrtum. Aber ich glaube, daß es notwendig ist, daß auch wir in dieser Frage gründlich untersuchen müssen, um daraus Schlußfolgerungen für uns alle zu ziehen. Es sind ja auch schon von den Organen der Sicherheit eine Reihe von Menschen festgenommen worden, die unmittelbar damit in Verbindung standen: Trotzlisten, Diversanten und Mörder. Man kann diese Dinge nicht trennen.“

Das heißt also, hier wird so vorgegangen, wie es bereits in der Entschließung des III. Parteitags gefordert wurde, nämlich den „Kampf gegen Spione und Agenten“ aufzunehmen. Es war klar, daß die SED so umgewandelt werden sollte, daß im wesentlichen Mechanismen des Drucks und Terrors neben der ideologischen Begründung zur Anwendung kamen.

Viertens: Wie hat sich das in bezug auf die Funktion im Parteiensystem ausgewirkt? Die Quellen zeigen, daß man auch auf diesem Felde sehr viel früher als 1949 tätig

wurde. Die SED beanspruchte die Führung im Staat. Das wurde bereits zwischen 1947 und 1949 erklärt.

Selbstverständlich verschleierten die Kommunisten zunächst nach außen hin ihre Ziele. Auf dem Gründungsparteitag der SED hatte Wilhelm Pieck versichert, die neue Partei werde keineswegs die „Diktatur des Einparteiensystems aufrichten“. Auf dem II. Parteitag der SED im September 1947 wurde in einer EntschlieÙung behauptet: „Entgegen allen Verdächtigungen lehnt die SED jede Alleinherrschaft ab.“

Solange die Deutschlandpolitik der Sowjetunion eine gesamtdeutsche Variante berücksichtigte, blieben aus internationalen Gründen ihre konkreten Pläne in der SBZ noch verborgen. Insofern gingen die deutschen Kommunisten nach außen hin ebenfalls diesen „demokratischen Weg der Einheit“.

Der Führungsanspruch ist aber nachzuweisen. Auf der 2. Tagung des Parteivorstands der SED am 14./ 15. Mai 1946 – das war wenige Tage nach der Gründung der Partei – sagte Franz Dahlem, einer der damaligen Führer, der SED als „staatsaufbauender Partei“ gehöre „als Partei der Arbeiterklasse die Führung beim demokratischen Neuaufbau Deutschlands auf allen Gebieten: in der Politik, der Selbstverwaltung, der Wirtschaft und in der kulturellen Entwicklung des Landes.“ - Das genau ist die These, die dann später auch nach außen hin vertreten wurde.

Wie sich die SED bei der Durchsetzung ihres Hegemonieanspruchs im Parteiensystem der Säuberungen bediente, ist in einem Beschluß des „Kleinen Sekretariats“ des Politbüros vom 27. Februar 1950 nachzulesen. Darin wird ganz genau beschrieben – das ist inzwischen auch in bezug auf andere Prozesse nachgewiesen –,daß die SED-Führung der Justiz sagte, wie der Schauprozeß gegen den Sozialdemokraten Willi Brundert und den Christdemokraten Leo Herwegen zu führen sei. Dieser Prozeß wurde dann zwei Monate später genauso geführt, wie es die SED wollte. Der Zeit wegen will ich dazu aber keine Einzelheiten vortragen. Aber man kann sagen, daß vom „Kleinen Sekretariat“ des Politbüros – es wurde von Ulbricht geleitet – regelrecht ein Konzept des Prozesses entwickelt wurde.

"..."